



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

dass sich der Besitz an Wohnungen um die im B<sub>0</sub>u befindlichen 3.164 vermehren wird und damit die enorme Zahl von 69.564 Wohnungen und 3.661 Geschäftslokalen erreicht. Vorgesehen wurden im laufenden Jahr 3.990 Wohnungen. Damit wurde - einschliesslich des Tausches - der Wohnbedarf von 7.235 Parteien mit 24.040 Köpfen befriedigt. Der Mietzinseingang ist zufriedenstellend. Für Erhaltungskosten an städtischen Wohnhäusern sind wie im Vorjahre 2'9 Millionen Schilling vorgesehen. Der Reserve für grössere Instandsetzungen werden 3,346.000 Schilling zugeführt. Die Kleingartenförderung wird sich im nächsten J<sub>0</sub>hr lediglich auf die fachliche B<sub>0</sub>ratung und Ueberwachung und auf die Schädlingsbekämpfung, für die ein B<sub>0</sub>trag von 5000 Schilling eingesetzt ist, beschränken müssen.

Schliesslich bemerke ich noch, dass durch die Einschränkung der B<sub>0</sub>utätigkeit sich natürlich auch die Agenden des Wohnungsamtes vermindern. Da Neubauten im kommenden J<sub>0</sub>hr voraussichtlich nicht in Angriff genommen werden können, musste das Wohnungsamt die Vormerkung von Wohnungssuchenden einstellen, zumal beim Wohnungsamt am 31. Oktober l. J. noch immer 6.912 Wohnungssuchende und mehr als 100.000 Tauschwerber in Vormerkung stehen und durch die gerichtlichen Delogierungen und dergleichen weiterhin ununterbrochen eine nicht unbeträchtliche Zahl dringlichster Fälle wächst. Es ist schon jetzt, da seit Wochen alle B<sub>0</sub>auten besiedelt sind ungewöhnlich schwer, die dringlichen Fälle zu versorgen und es wird gewiss keine leichte Aufgabe sein, die noch zur Verfügung stehenden Wohnungen zweckentsprechend zu vergeben. Die Schrumpfung des Budgets ist doppelt schmerzlich, einmal weil die Wohnungsnot noch nicht behoben ist und weil die Beseitigung der Elendsquartiere, die nur durch die öffentliche Bautätigkeit erfolgen kann, leider auf lange Sicht vertagt werden muss, vor allem aber, weil dadurch die Arbeit im Baugewerbe in erschreckendem, ja katastrophalem Umfang eingeengt wird.

St. R. Kunschak tadelt die Haltung der Gemeinde gegenüber den Siedlungsgenossenschaften; auf diesem Gebiet kommen die wahnsinnigsten Dinge vor. Diese zweifellos ungerechte Behandlung der Siedlungsgenossenschaften muss dringendst behoben werden.

St. R. Dr. Motzke bringt nochmals die wirtschaftliche Lage der Geschäftslokale in der Inneren Stadt zur Sprache und erklärt, dass der Zins und die Wohnbausteuern zusammen heute schon 35 Prozent des Friedenszinses ausmachen. Während im alten Friedenszins schon alle Umlagen enthalten waren, muss der Geschäftsmann diese heute neben Zins und Wohnbausteuern noch separat tragen und dies in einer Zeit, in der der Geschäftsumfang in katastrophalem Mass zurückgeht.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird das Kapitel Wohnungswesen genehmigt, worauf St. R. Richter über die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten berichtet. In dieser Verwaltungsgruppe ergibt sich trotz grösster Sparsamkeit infolge unabweislich notwendig gewordenen Arbeiten eine Steigerung der Nettoausgaben gegenüber 1933 um 2'4 Millionen Schilling. Die Ausgaben für Strassenerhaltung und Strassenbau sind mit 8'34 Millionen Schilling veranschlagt. Für die Fortsetzung der Elektrifizierung der elektrischen Beleuchtung sollen 260.000 Schilling ausgegeben werden. Eine Beitragsleistung für den Neubau der Reichsbrücke ist im Voranschlag der Gemeinde nicht enthalten, weil diese grosse Ausgabe die Strassenbahnunternehmung trifft.

St. R. Dr. Motzke bezeichnet es als absolut nicht notwendig, dass in dieser Verwaltungsgruppe insbesondere im Kanalisationsbetrieb eine weitestgehende Kommunalisierung platzgegriffen hat. Dies geht einzig und allein auf Kosten der Privatwirtschaft.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

Der Referent erklärt im Schlusswort unter anderem, dass von einer Schädigung der Privatwirtschaft keine Rede sein kann. Die von Frau Stadträtin Dr. Motzko gerügte Kommunalisierung hat sich glänzend bewährt.

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten werden daraufhin genehmigt.

St. R. Linder leitet die Verhandlungen über das Kapitel Ernährungs- und Wirtschaftswesen ein, indem er berichtet, dass auch in dieser Verwaltungsgruppe die grösste Sparsamkeit beobachtet worden ist. Die Ausgaben betragen rund 23 Millionen Schilling, die Einnahmen rund 14 Millionen Schilling. Für die weitere Ausgestaltung der Feuerwehr sollen fast 7 Millionen Schilling ausgegeben werden. Bei den Lagerhäusern wird im nächsten Jahr eine Besserung der wirtschaftlichen Situation erwartet.

St. R. Kunschak bemängelt den überaus schlechten Bauzustand einzelner Amtshäuser und verlangt deren Renovierung, worauf die Ansätze der Verwaltungsgruppe Ernährungs- und Wirtschaftswesen genehmigt werden.

Das Kapitel Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten wird ohne Debatte genehmigt.

Vizebgm. Emmerling berichtet sodann über die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen. Das Gaswerk rechnet mit einem Gebarungsüberschuss von 6'7 Millionen Schilling, das Elektrizitätswerk mit einem Gebarungsüberschuss von 10'57 Millionen Schilling, die Leichenbestattung mit einem Ueberschuss von 150.000 Schilling, das Brauhaus mit einem Ueberschuss von 50.000 Schilling und die Gewista mit einem Ueberschuss von 80.000 Schilling. Bei den Strassenbahnen ist ein Gebarungsabgang von 28'8 Millionen Schilling veranschlagt. Die Strassenbahnen rechnen mit einer Einnahme aus der Personalbeförderung von 103 Millionen Schilling.

St. R. Kunschak bemerkt, dass die jetzt angeschlagene Erläuterung für den Kurzstreckentarif vollkommen unverständlich ist. Damit kann kein Mensch etwas anfangen.

Die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen werden genehmigt, ebenso das Kapitel Finanzen und Bedeckung.

Damit ist die Beratung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und über die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1934 im Wiener Stadtsenat und im städtischen Finanzausschuss abgeschlossen.

.....